



Gewerkschaft der Polizei

Schleswig-Holstein

Regionalgruppe Justizvollzug



Bianca Söhner - JVA Neumünster – Boostedter Str. 30 - 24534 Neumünster

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- Der Vorsitzende -

über den Ausschussgeschäftsführer
Herrn Dr. Sebastian Galka
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5269

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben

Unser Zeichen

Datum

12.09.2025

98. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 10. September 2025

hier: Top 2 Bericht der Landesregierung zum Offenen Brief der Gewerkschaft der Polizei, Regionalgruppe Justizvollzug, „System kurz vor dem Kollaps – Bedienstete am Ende: Unser Hilferuf aus der JVA Neumünster“

Sehr geehrter Herr Kürschner,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Nachgang zu der Anhörung am 10.09.2025 hinsichtlich des „Offenen Briefs“ der Gewerkschaft der Polizei, Regionalgruppe Justizvollzug, möchten wir auf den Bericht der Landesregierung unmittelbar Bezug nehmen.

Sowohl Herr Kilian-Georgus als Vertreter der Aufsichtsbehörde als auch Frau Radetzki in ihrer Funktion als Dienststellenleitung der JVA Neumünster haben vehement und vollumfänglich an ihrer bisherigen Darstellung hinsichtlich der Zustände in der medizinischen Abteilung der JVA Neumünster festgehalten. Aus unserer Sicht war nicht zu erkennen, dass die gewerkschaftliche Kritik gehört wird. Ein Interesse an der Umsetzung notwendiger Sofortmaßnahmen oder wenigstens nach innen gerichteter Ursachenforschung wurden ebenfalls nicht von den Verantwortlichen signalisiert.

stellv. Vorsitzende

Bianca Söhner
Justizvollzugsanstalt Neumünster
Boostedter Str. 30
24534 Neumünster

Telefon: 04321-4907.206 (dienstlich)
Mobil:

eMail : bianca.soehner@jvanm.landsh.de



Unserer Regionalgruppe liegen insgesamt vier umfangreiche Stellungnahmen von Mitarbeitenden der medizinischen Abteilung vor, deren Inhalte wir aufgrund besserer Übersichtlichkeit nachfolgend zusammengefasst haben. Uns liegt weiterhin die Information vor, dass sich ein ehemaliger Beschäftigter aufgrund der aktuellen Presseberichterstattung mit einem Schreiben direkt an die Ministerin gewandt hat.

Nachdem während der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses von Ihrer Seite noch Fragen aufgekomen sind (insbesondere hinsichtlich der Kündigungsgründe der betroffenen Mitarbeitenden) vermag die anliegende zusammenfassende Darstellung der vorhandenen Stellungnahmen noch einmal weiteren Aufschluss über die Gesamtsituation geben:

„Die jüngst veröffentlichte Darstellung des Ministeriums, wonach die medizinische Abteilung der JVA Neumünster funktionsfähig sei und die Versorgung der Gefangenen gewährleistet werde, ist faktisch unzutreffend und verkennt die Realität des Alltagsbetriebes. Wir, die Beschäftigten der medizinischen Abteilung, sehen uns daher in der Pflicht, die tatsächlichen Arbeitsbedingungen darzustellen.

- 1. Die allgemeine Sprechstunde, ursprünglich für 5 Tage die Woche vorgesehen, findet nur noch montags, mittwochs und freitags statt – und das mit bis zu 50 Patienten pro Vormittag. Die Auslastung der bereits zu reduzierten Zeiten durchgeführten Sprechstunde ist deutlich zu hoch.*
- 2. Notfallsprechstunden müssen zusätzlich eingeschoben werden und belasten das ohnehin knappe Personal.*
- 3. Parallel zur Sprechstunde müssen Blutentnahmen, Verbandwechsel und administrative Aufgaben erledigt werden. Terminvereinbarungen mit externen Fachärzten binden dauerhaft eine Vollzeitkraft. Im Hinterkopf muss man haben, dass viele Praxen die Behandlung von Gefangenen ablehnen, was zu einem gravierenden Versorgungsdefizit in einzelnen Bereichen führen kann.*
- 4. Fachärztliche Angebote existieren, reichen jedoch nicht nur nicht bei Weitem nicht aus, sie werden auch nicht immer regelmäßig angeboten und durchgeführt. Es gibt Zeitfenster, in denen weder Physiotherapie, noch augenärztliche oder zahnärztliche Versorgung innerhalb der Anstalt angeboten wird.*
- 5. Die vom Ministerium hochgelobte und als Entlastung verkaufte Telemedizin ersetzt keinen Arzt in Präsenz! Die Erfahrung zeigt, dass in nahezu allen Fällen der Patient im Anschluss an die Konsultation der Telemedizin einem Arzt in Präsenz vorgestellt werden muss. Das bedeutet in der Konsequenz für uns sogar doppelte Arbeit – da zeitgleich ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand betrieben werden muss: Die telemedizinische Dokumentation muss abgewartet, ausgedruckt, der regulären Patientenakte beigelegt und dem dann weiterbehandelnden Arzt vorgelegt werden.*



6. *Bei jedem Alarmfall muss das medizinische Personal innerhalb von Sekunden alles stehen und liegen lassen und mit dem Notfallrucksack zum Ort des Geschehens eilen; währenddessen ruht aufgrund des nicht vorhandenen Personals der gesamte Apparat der medizinischen Abteilung. Es bleibt immer zu hoffen, dass parallel kein zweiter Notfall eintritt. Das in der Zwischenzeit ruhende Tagesgeschäft kann in den meisten Fällen nach Rückkehr vom Alarmfall nicht aufgearbeitet werden, so dass ein immenser Rückstau bei den zu bewältigenden Aufgaben entsteht.*
7. *Der Versuch des Ministeriums, die allgegenwärtige Bedrohungslage durch die Auswertung von Statistiken zu widerlegen, blendet die Gefahren aus, denen wir nahezu täglich ausgesetzt sind. Drohungen gegen das Personal und auch den Anstaltsarzt sind häufig und oft an der Tagesordnung. Die gereizte Grundstimmung der Gefangenen ist unmittelbare Folge der Unterversorgung und Mangelverwaltung. Eskalationen und tätliche Übergriffe konnten bisher lediglich durch das besonnene Verhalten von uns verhindert werden! Die medizinische Abteilung arbeitet seit Monaten im Notbetrieb. Eine Versorgung nach Plan findet nicht statt. Das System lebt ausschließlich vom persönlichen Einsatz weniger Beschäftigter.*
8. *Um die Situation noch plastischer dazustellen: 193 Gefangene erhalten aktuell wöchentlich eine Medikamentenbox – heißt, es sind ca. 400 Boxen im Umlauf, die regelmäßig bestückt werden müssen. Zusätzlich (!) sind hunderte Apothekentüten mit Bedarfs- oder zeitlich begrenzter Medikation im Umlauf, die ebenfalls nicht nur gepackt, sondern auch dokumentiert, verteilt und archiviert werden müssen. Jede Änderung in der Verordnung muss sofort umgesetzt werden. Das Stellen der verordneten Medikamente dauert an manchen Tagen länger als ein kompletter Dienst! Die Fehleranfälligkeit ist hoch dadurch, dass Arbeitsabläufe von den verbliebenen Arbeitskräften aufgefangen und durchgeführt werden müssen und somit Doppelt- und Dreifachzuständigkeiten an der Tagesordnung sind. Hierbei ist zu bedenken, dass ein Medikationsfehler schwerwiegende Konsequenzen haben kann.*

Diese Tätigkeiten können uns nicht von Bediensteten abgenommen werden, die über keinerlei medizinische Ausbildung verfügen!

All das führt dazu, dass wir in der medizinischen Abteilung nicht nur völlig überarbeitet sind, sondern einzelne von uns auch bereits so krank, dass sie nicht mehr zum Dienst kommen können. Ein Kollege ist seit Weihnachten 2024 krank und hat nun schlussendlich gekündigt. Wir haben im Team immer wieder mit wochenlangen Ausfällen zu kämpfen, weil das Arbeitspensum zu hoch, auf zu wenige Schultern verteilt und die Rahmenbedingungen zu schlecht sind. Viele neu Eingestellte haben deswegen kurz nach Beginn ihres Arbeitsverhältnisses direkt wieder gekündigt. Es ist bekannt, dass „draußen“ beispielsweise in der Pflege schwierige oder auch katastrophale Zustände herrschen –



Kolleginnen und Kollegen, die aus diesem Bereich zu uns gekommen sind, bestätigen uns, dass die Zustände hier in der JVA Neumünster noch schlimmer sind und gehen zurück in den als katastrophal abgestempelten Bereich außerhalb der Anstalt.“

Bei diesen Stellungnahmen aus der medizinischen Abteilung handelt sich nicht um anonyme Schreiben, die Verfasser sind namentlich bekannt und werden sich bei Bedarf auch zu den Schreiben bekennen. Bei der Darstellung handelt es sich durchweg um Gegebenheiten und Problemlagen, die nach uns vorliegenden Informationen mit der Dienststelle bereits im Vorfeld mehrfach erörtert wurde.

Weiterhin sind uns als GdP Regionalgruppe Justizvollzug hohe Missstände in Bezug auf die für den Dienstherrn geltende Fürsorgepflicht bekannt geworden:

- Mitarbeitende der medizinischen Abteilung hatten bereits in der Vergangenheit mehrere Gefährdungs-/Überlastanzeigen gestellt. Diese sollen laut Aussagen der Betroffenen nicht ordnungsgemäß von der Dienststelle abgearbeitet worden sein. Stattdessen seien die Verfasser zu den Personalverantwortlichen bestellt worden, wo sie sich unter Druck gesetzt fühlten, weil ihnen für die Zukunft ein derartiges Handeln untersagt worden sei.
- Bestehende Missstände hatten die Mitarbeitenden bereits in der Vergangenheit wiederholt thematisiert und um Abhilfe gebeten.
- Die aktuelle Situation macht die Beschäftigten der medizinischen Abteilung nicht nur perspektivisch weiter krank, sondern täglich. Uns wird berichtet, dass die Mitarbeitenden mit Bauchschmerzen und Migräne ihren Arbeitstag beginnen. Würde es die Personalschwemme geben, von der das Ministerium in seiner Stellungnahme berichtet, würden diese Kolleginnen und Kollegen sich für den betreffenden Tag krank nach Hause verabschieden. Da es diese Personalschwemme nicht gibt, bleiben sie im Dienst bis sie ebenfalls ausfallen wie die Langzeiterkrankten. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden!
- Es gibt Mitarbeitende, die uns davon berichten, dass sie im Krankenhaus intensivmedizinisch behandelt worden sind und seitens der Dienststelle telefonisch kontaktiert und darauf hingewiesen worden seien, dass dies unter Umständen ein unentschuldigtes Fernbleiben vom Dienst darstelle. Wie muss man sich da fühlen, wenn man gerade auf der Intensivstation liegt? Weitere Beschäftigte seien im Krankenstand kontaktiert worden und sollen dazu angehalten worden sein, aufgrund der Personalsituation möglichst bald in den Dienst zurück zu kehren.
- Die Beschäftigten schließen ihre Ausführungen zur derzeitigen Situation damit, dass auch innerhalb der JVA insbesondere auch mit Blick auf den Fürsorgeas-



Gewerkschaft der Polizei

Schleswig-Holstein

Regionalgruppe Justizvollzug



Seite 5 von 5

pekt keine Anreize geschaffen werden, um als Beschäftigte gehalten zu werden, was früher oder später dazu führen wird, dass weitere Beschäftigte die Reißleine ziehen könnten oder werden.

Bedauerlicherweise haben bisher seit Veröffentlichung des offenen Briefes weder Dienststellenleitung noch Ministerium den Kontakt zu den Mitarbeitenden in der medizinischen Abteilung oder zu den Ansprechpartnerinnen der GdP gesucht. Deshalb möchten wir an dieser Stelle noch einmal betonen, dass wir als Gewerkschaft und auch die Verfasser der Stellungnahmen selbstverständlich für Gespräche/Rückfragen in dieser Angelegenheit zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorstand
i.A.

Bianca Söhner
stellv. Vorsitzende